

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 22 (1972)

Heft: 4

Buchbesprechung: Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921-1925 [Wolfgang Eichwede]

Autor: Stettler, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gauchissement qui y introduit un élément indéniablement «autoritaire», pour employer le langage des anarchistes. Ces comités secrets, dont Bakounine était si friand, en 1868–1870, conduisaient parfois à la manipulation des organisations de masse. Il y avait donc, au niveau de la pratique, un terrain sur lequel les deux Russes pouvaient parfaitement collaborer. Or, c'est ce point de la pratique organisationnelle de Bakounine que Lehning, d'un volume à l'autre des Archives, se refuse systématiquement à examiner; quand, dans une lettre de mai 1870, Bakounine parle de la section *publique* de l'Alliance, ce qui laisse bien entendre qu'il existait une organisation non publique et secrète (p. 212), le commentateur ne dit pas un mot de ce fait; quand, dans une autre lettre de la même époque, le révolutionnaire russe écrit: «Ayant fondé il y a quelques années l'Alliance internationale révolutionnaire secrète, je ne peux ni ne veux l'abandonner pour me consacrer uniquement à la cause russe» (p. 228), Lehning se borne à ce commentaire: «Depuis 1864, Bakounine s'employait à organiser des sociétés secrètes, dont le programme, les statuts, les buts traduisent l'évolution de ses idées plutôt que l'activité d'une organisation» (note 115)!

Certes, les passages où Bakounine explique à Nečaev, au moment de leur rupture, sa conception de la révolution et de l'organisation qui la préparera sont admirables de force et de clarté; mais peut-être bien que ce qui leur donne cette force et cette clarté est justement leur caractère implicitement autocritique!

Pour terminer, relevons ce que ces documents apportent, non seulement à l'histoire de l'émigration russe en Suisse, mais également à celle de notre pays. Les jugements de Bakounine sur les résultats de la guerre du Sonderbund (p. 60–61), sur la centralisation en Suisse, sur les affaires de chemins de fer (p. 52) sont dignes d'être relevées; mais, c'est, bien sûr, tout ce qui concerne la poursuite, l'arrestation puis l'extradition de Nečaev qui offre, de ce point de vue, le plus d'intérêt.

Genève

Marc Vuilleumier

WOLFGANG EICHWEDE, *Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–1925*. Köln, Wien, Böhlau, 1971. VIII/246 S. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 8.)

Während sich die meisten bisherigen Untersuchungen über die offizielle beziehungsweise inoffizielle sowjetische Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Regel auf einen Einzelaspekt oder ein bestimmtes zwischenstaatliches Verhältnis beschränkten, unternimmt es der Autor in der hier vorliegenden Tübinger Dissertation, erstmals eine synoptische Schau der vielfältigen Auseinandersetzungen mit der Nachkriegsproblematik zu vermitteln. Das Jahr 1921 lässt sich als Ausgangspunkt insofern motivieren, als damit die erste Phase in der Geschichte der Sowjetrepublik, die Periode des Kriegskommunismus und des Bürgerkriegs, der Intervention und der be-

drohlichen Isolierung durch das System von Versailles, abgeschlossen war. Als innenpolitischer Einschnitt bietet sich der Beginn der Neuen Ökonomischen Politik an, jenes wirtschaftlichen Instrumentes, das Sowjetrusslands Interesse an Europa über rein ideologische und machtpolitische Zielsetzungen hinaus für die kommenden Jahre dokumentieren sollte. Die Realisierung des Dawes-Planes gab die zweite Zäsur ab. Nach einer Phase verschärfter Konflikte waren bis 1924 die Konfrontationen abgebaut und die soziale Lage Europas weitgehend stabilisiert.

Im ersten Teil der Arbeit – Europa zwischen Reaktion und Revolution – werden die im Schosse der Komintern zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten in der Deutschland- und Englandpolitik dargestellt. Wenn auch, wie der Verfasser meint, die programmatischen Thesen vom Sozialismus in einem Lande und der permanenten Revolution kaum auf die frühen zwanziger Jahre übertragen werden können, so lassen sich doch bei der Beurteilung der revolutionären Situation in der Weimarer Republik 1923, der Frage der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, der Erörterung des Faschismusbegriffs und bei den Erwartungen, die an die erste Labourregierung unter Ramsey MacDonald geknüpft wurden, Anzeichen parteiinterner Machtkämpfe erkennen. Waren die Analysen des Deutschlandexperten der Komintern, Karl Radeks, eher auf Vorsicht und Skepsis abgestimmt – ähnlich wie beim damaligen Kriegskommissar Trotzki, der seine Betrachtungen meist in einen grösseren zeitlichen und räumlichen Rahmen stellte –, so sind die Äusserungen Sinowjews, des Vorsitzenden im Exekutivkomitee der Komintern, von Ungeduld geprägt und daher gelegentlich weniger differenziert. Für die Hauptinterpreten der kapitalistischen Welt, zu denen des öfters auch der Aussenkommissar Tschitscherin sowie namhafte Journalisten der Parteiorgane gerechnet werden müssen, bedeutete das Scheitern der deutschen Revolution im Oktober 1923 einen tiefen Einschnitt in der Nachkriegszeit. Die Hoffnung, die eigene Isolierung zu durchbrechen, von der Taktik des Rückzugs und des Kompromisses zum Angriff überzugehen, musste einstweilen begraben werden. Unter Berufung auf Marx und Lenin interpretierte man die Widerstandsfähigkeit des Kapitalismus einmal mehr als historische Schwäche und machte den «Flügel des Faschismus», die Sozialdemokratie, für das Fiasko verantwortlich. Die Kritik an der KPD, der es anscheinend nicht gelungen war, die Mehrheit des Proletariats und – im Sinne von Radeks «Schlageter-Linie» – der Mittelschichten für den Umsturz zu gewinnen, verschärfte auch die Spannungen innerhalb der Russischen Kommunistischen Partei, indem sich Trotzki und Radek der Troika Sinowjew-Kamenew-Stalin in zunehmendem Masse erwehren mussten.

Die zwischenstaatlichen und weltwirtschaftlichen Beziehungen werden im zweiten Teil – Europa und Amerika – näher beleuchtet. Es sind zur Hauptsache vier Themenkreise, an denen sich – immer aus der Sicht kommunistischer Interpreten – die Theorie von den Widersprüchen innerhalb des

kapitalistischen Staatsystems nachweisen lässt: der amerikanisch-englische Gegensatz, die Sprengkraft des Versailler Systems, die Meerengenfrage und das Reparationenproblem mit seinen Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den USA und Europa. Ein kennzeichnendes Merkmal der hierzu verfassten Analysen ist die Absicht, sich die innerhalb dieses Staatsystems bestehenden Spannungen für die Komintern und nicht zuletzt für das russische Sicherheits- und Konsolidierungsbedürfnis zunutze zu machen. Diesbezüglich bedeutete der Rapallo-Vertrag von 1922 den spektakulärsten Einbruch in die Versailler Front; er wurde fortan zum Modell normalisierter Beziehungen mit kapitalistischen Staaten. Dass es sich dabei um den Ansatz zu einer sowjetischen Gleichgewichtspolitik handelte, zeigte die Ruhrkrise des folgenden Jahres, wo man unverzüglich Partei ergriff für den bedrohten Vertragspartner. Ähnlich wie im Fall des türkisch-griechischen Konfliktes hoffte Radek, die Entente werde schliesslich wegen machtpolitischer Differenzen zerbrechen, was Sowjetrussland das Verdienst einbrächte, die Unabhängigkeit Deutschlands und der Türkei gerettet zu haben. Durch die eingehende Beschäftigung mit dem Reparationenproblem legte sich die Sowjetunion mehr und mehr auch die Rolle eines Vorkämpfers der europäischen Selbstbestimmung zu. Man erkannte in den USA die entscheidende ökonomische Potenz des Kapitalismus, die aus inneren Strukturschwierigkeiten heraus angeblich zu einer neuen «Offensive des Kapitals» – dem Dawesplan von 1924 – ausholte mit dem Ziel, die europäische Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen. In der wohl umfassendsten Analyse der atlantischen Beziehungen – derjenigen von Trotzki – ist wiederholt die Rede vom «grundlegenden Antagonismus der Gegenwart», der über kurz oder lang revolutionäre Energien freisetzen werde. Lediglich ein vereinigtes Europa auf sozialistischer Grundlage verbunden mit der Sowjetunion bot nach Ansicht Trotzkis Schutz gegen die amerikanische Bedrohung. An einem entscheidenden Schnittpunkt dieses Staatsystems stand das britische Weltreich. Die russisch-englischen Beziehungen sind in ihrer Wechselhaftigkeit ein typisches Beispiel für die damaligen Kontakte zwischen dem kommunistischen und kapitalistischen Lager. Das Handelsabkommen von 1921, das Ultimatum von Aussenminister Curzon vom Mai 1923, die Anerkennung des Sowjetregimes durch das Labourkabinett Mac Donalds und die erneute Verschlechterung des Verhältnisses nach dem konservativen Sieg in den Neuwahlen vom Oktober 1924 zeigen deutlich, dass das Vertrauen dem Gegenüber vorläufig nur in Raten entgegengebracht wurde.

Es ist dem Verfasser auf überzeugende Weise gelungen, die kommunistische Interpretation der mannigfachen Spannungen innerhalb des kapitalistischen Europas und die sich daraus ergebende Kominternpolitik nachzuzeichnen. Er hat – unter anderem in Moskauer Bibliotheken – eine Fülle von Material verarbeitet (zur Hauptsache Kongressprotokolle, Zeitungen und Zeitschriften, aber auch die neusten Untersuchungen aus der Feder sowjetischer Historiker); das verleiht dem Werk den Charakter einer um-

fassenden Analyse. Am Schlusse findet sich eine Bibliographie, in welcher «nur jene Werke aufgeführt werden, die für die Untersuchung von unmittelbarer Bedeutung waren», und ein Personenregister.

Wabern b. Bern

Peter Stettler

ARNO PANZER, *Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928*. Kiel, Mühlau, 1970. XVIII/198 S. (Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1.)

Im Mittelpunkt der Panzerschen Untersuchung steht die Frage, ob es angegangig ist, die Weimarer Wirtschaftspolitik letztlich als Agrarpolitik zu interpretieren, wie es gelegentlich in der Literatur geschieht. Hilfe bei diesem Unterfangen erhofft sich der Verfasser von einer Einordnung der Jahre 1924–1928 in die «säkulare Entwicklungslinie» der deutschen Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat. Inhaltlich gliedert sich Panzers Studie in zwei Teile, deren erster den Kampf um die Gestaltung der deutschen Handelspolitik nach der Währungsstabilisierung behandelt. Im zweiten Teil werden die konjunktur- beziehungsweise agrarpolitischen Auseinandersetzungen der Jahre 1927/28 untersucht.

Beim faktischen Wiederbeginn des deutschen Außenhandels 1924 befand sich die deutsche Landwirtschaft in einer von Ratlosigkeit geprägten Situation. So war es letztlich nur konsequent, dass in der nun notwendig werdenden zollpolitischen Diskussion nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie die Initiative ergriff. Trotzdem konnte die Landwirtschaft bei der Gestaltung des neuen Zolltarifs zumindest ihr Terrain verteidigen. Dabei kam es zu den ersten Kollisionen mit der Industrie seit 1918, die zunächst noch überwunden werden konnten. Sie wurden es in der Regel durch Kompromisse, doch liess sich dieses Verfahren nicht unbegrenzt fortsetzen. Der Bruch kam schliesslich, als sich beide Seiten nicht über den Stellenwert der Landwirtschaft im deutsch-polnischen Handelsvertrag von 1928 einigen konnten. Damit sah sich die Landwirtschaft erstmals in der Weimarer Republik wirtschaftspolitisch isoliert und zudem in einer wenig günstigen ökonomischen Lage. Fragmentierung der landwirtschaftsnahen Kräfte in berufständische Splitterparteien und Radikalisierung waren die Folgen.

Von hier aus zieht der Verfasser eine direkte Linie zum Nationalsozialismus, was nur zu plausibel ist. Weniger überzeugt sein Versuch, letztlich die Republik selbst für diese Entwicklung verantwortlich zu machen. Hätte Panzer jene «säkulare Entwicklungslinie» stärker beachtet, so hätte er festgestellt, dass die zollpolitischen Probleme und Kontroversen der Jahre 1924 bis 1928 dieselben sind, die im Bismarckreich immer wieder auftauchten. Vor 1914 war die überlebte agrarisch-ostelbische Wirtschafts- und Besitzstruktur Jahrzehntelang mit zollpolitischen Mitteln aufrechterhalten worden und zwischen 1914 und 1923 besass die Landwirtschaft praktisch ein An-